

Belgien, Niederlande, Luxemburg

WICHARD WOYKE

Belgien

Die Vollendung der Staatsreform, der Tod König Baudouins sowie die Ratspräsidentschaft des Königreichs im zweiten Halbjahr 1993 prägten die Europapolitik Belgiens 1993.

Die Staatsreform

Seit 18. Mai 1993 ist Belgien "ein föderaler Staat, zusammengesetzt aus Gemeinschaften und Regionen"¹. Belgien gibt damit den Status eines Einheitsstaats auf. Seit 1993 umfaßt Belgien drei Regionen: die Wallonische Region, die Flämische Region und die Brüsseler Region. Zusammen mit den Gemeinschaften, der Französischen Gemeinschaft, der Flämischen Gemeinschaft sowie der Deutschen Gemeinschaft, bilden die Regionen die Grundpfeiler des belgischen Föderalstaats. Die vierte Staatsreform stellt das "Dach des föderalen Hauses" dar. Diese seit 1970 vierte Staatsreform soll nun den jahrzehntealten Konflikt zwischen Flamen und Wallonen endgültig beenden. Die belgische Föderalismusvariante charakterisiert sich durch eine Asymmetrie der Körperschaften. Jede der drei Regionen verfügt seit 1993 über ein gesetzgebendes Organ, den Regionalrat sowie eine Regionalregierung. Sie besitzen die Zuständigkeit für Außenhandel, Landwirtschaft, Verkehr und sämtliche öffentliche Arbeiten (mit Ausnahme der Eisenbahn), Umweltschutz, Raumordnung, Wissenschaftspolitik, Beschäftigung und Verwaltungsaufsicht². Der Föderalstaat Belgien ist für alle Belange des Staates als Ganzes zuständig: Finanzen, Landesverteidigung, Justiz, Soziale Sicherheit, Leitung der Auslandsangelegenheiten (ohne die Kompetenzen der Gemeinschaften und Regionen anzutasten) sowie wichtige Bereiche des öffentlichen Gesundheitswesens und der Inlandsangelegenheiten³. Auch ist der Föderalstaat weiterhin gegenüber der NATO und der Europäischen Union verantwortlich. Die belgische Staatsreform mag auf den ersten Blick dem europäischen Integrationsprozeß entgegenlaufen. Premierminister Jean-Luc Dehaene betonte jedoch ausdrücklich, daß nicht das tschechoslowakische Modell als Vorbild diene, sondern daß sozusagen ein Dach auf das föderale Gebäude gesetzt würde und diese Staatsreform der Europäischen Gemeinschaft auch als Vorbild dienen könnte⁴. Mit der Staatsreform wurde versucht, das auch in der Europäischen Union angewandte Subsidiaritätsprinzip in Belgien zur Anwendung

kommen zu lassen. Mit der Übertragung von Kompetenzen auf die Regionen sollen auf dieser staatlichen Ebene jene Politikbereiche gelöst werden, die aufgrund einer größeren Bürgernähe hier besser zu lösen sind. Mit der nun endgültig abgeschlossenen Staatsreform sollen die gemeinschaftlichen Interessen der Bürger besser als bisher verwaltet werden. Zum anderen sollen durch die tiefe Umstrukturierung auch die Interessen der Bürger auf unterer Ebene besser wahrgenommen werden. Inwieweit diese Staatsreform auch die belgische EU-Politik institutionell tangiert, wird erst die Zukunft zeigen.

Der Tod König Baudouins

42 Jahre lang amtierte Baudouin als fünfter König der Belgier, als er am 1. August 1993 auf seinem spanischen Feriensitz Mortil plötzlich starb. Die Bedeutung Baudouins bestand nicht nur in der Fähigkeit, die mehr als zerstrittenen Flamen und Wallonen als Belgier immer wieder zusammenzuführen. Baudouin hat darüber hinaus in dieser Zeit auch den hohen Anspruch der belgischen Monarchie deutlich gemacht, der sich auch in einer eminent wichtigen politischen Funktion zeigt. "So beauftragt der König nach Neuwahlen einen Politiker mit der Aufgabe des "Sondierers" ("Informateur") einer Koalition. Der muß nicht immer aus den siegreichen Parteien stammen. Der Monarch bestimmt anschließend auch, wer die Regierung bilden soll ("Formateur"). In ständigem Kontakt mit den Repräsentanten der Parteien hat er ein gewisses Maß an Freiheit, den einen oder anderen Politiker auszuwählen"⁵. Gerade vor dem Hintergrund der ständigen Auseinandersetzungen zwischen Flamen und Wallonen kam Baudouin eine Schlüsselstellung bei der Zusammenhaltung des Landes zu. Er war sozusagen der Garant der politischen Stabilität des belgischen Staates⁶. Baudouin war aber keineswegs ein Anhänger eines Zentralstaates. Er sprach sich für die Umwandlung des Zentralstaates in einen Bundesstaat ebenso aus wie er sich auch für ein föderales Europa einsetzte. Beide Ziele waren in seiner Überzeugung der beste Weg, die volkstämmigen Eigenheiten zu bewahren und sich zu vertragen, aber auch, um für allseitigen Wohlstand und Arbeit zu sorgen. "Mit großem Geschick hat Baudouin diese und andere Krisen gemeistert und dem Land zu einem beträchtlichen Maß an politischer Stabilität verholfen. Ihm ist es zu verdanken, daß die Monarchie in Belgien zu einem Symbol der Einheit geworden ist"⁷. Der Nachfolger, sein Bruder Albert, hat eine schwierige Zeit vor sich, um die von Baudouin hinterlassene Lücke und die Rolle der Monarchie als ethnische Klammer⁸ sachgerecht auszufüllen.

Die Ratspräsidentschaft

Nachdem die Regierung, bestehend aus einer Großen Koalition, im April ihre schon fast traditionell zu nennende Regierungskrise beigelegt hatte⁹, konnte sie sich mit aller Kraft der EG-Ratspräsidentschaft widmen, die sie von Dänemark

übernahm. Nachdem zuletzt mit Großbritannien und Dänemark zwei Staaten in der Union die Präsidentschaft ausgeübt hatten, die nicht gerade durch intensiven europapolitischen Aktionismus von sich reden gemacht hatten, legte die belgische Präsidentschaft, nicht zuletzt vor dem Hintergrund als EG-Gründungsmitglied und Wahrer europapolitischer Fundamentalinteressen, ein besonders ehrgeiziges Programm vor. Die belgische Ratspräsidentschaft, von den beiden Flamen Premierminister Jean-Luc Dehaene und Außenminister Willy Claes repräsentiert, wollte vor allem in der von Zweifel geplagten Europäischen Union den Gedanken der europäischen Einigung auf der Grundlage des Vertragswerks von Maastricht neu beleben¹⁰. Dafür sollte Maastricht nicht als Endpunkt, sondern als Ausgangspunkt dienen¹¹. In der praktischen Politik sollten die Regeln für die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) verabschiedet werden¹² sowie eine enge Verzahnung der Westeuropäischen Union (WEU) mit der Europäischen Union angestrebt werden¹³. Schließlich sahen die Belgier als ein ganz besonders erstrebenswertes Ziel die Verwirklichung einer gemeinsamen Wachstumsinitiative wie der Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten¹⁴. Dazu erklärte Außenminister Claes: "Wir müssen zweifelsohne auch das Verhältnis zwischen den Kosten der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital überprüfen und den Mut haben, einige Ausgleichsmaßnahmen, beispielsweise steuerlicher Art, ins Auge zu fassen"¹⁵. Schließlich sollten auch Fortschritte in der Erweiterungsrunde mit den EFTA-Staaten unternommen werden. Um den Integrationsprozeß zu beschleunigen wurde Ende Oktober 1993 ein Sondergipfel in Brüssel abgehalten. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die konkrete Vorbereitung der 1994 beginnenden zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Vereinbarung gemeinsamer Aktionen in der Außen- und Sicherheitspolitik¹⁶. Dabei wurde — im Rahmen einer Paketlösung über die Standorte verschiedener europäischer Ämter — Frankfurt/Main als Sitz des Europäischen Währungsinstituts und damit als Vorläufer der Europäischen Zentralbank (EZB) festgelegt. Auf dem regulären Gipfel des Europäischen Rates am 11./12. Dezember 1993 konnten dann die Leitlinien für die gemeinsame Wirtschaftspolitik im Jahr 1994 verabschiedet werden, die gleichzeitig den Einstieg zur Umsetzung des neuen Delors-Weißbuches zur Verringerung der Arbeitslosigkeit bedeuten.

Die Bilanz der belgischen Ratspräsidentschaft wurde von allen Seiten als überaus positiv bewertet. So zollte das Europäische Parlament Premierminister Dehaene fast einmütig Beifall¹⁷, nicht zuletzt wohl auch, weil unter belgischer Präsidentschaft ein Abkommen geschlossen wurde, das dem Parlament die Mitwirkung bei der Finanzplanung der Union sichert. In mehr als 50 Ratssitzungen haben die Belgier mehr erreicht als viele Ratspräsidentschaften zuvor. Dabei ist vor allem der Durchbruch bei den GATT-Gesprächen hervorzuheben. Hierbei gelang es Außenminister Willy Claes "die Dissonanzen im europäisch-amerikanischen Konzert fast aufzuheben und die französischen Sozialisten zum Mitspielen zu veranlassen — eine diplomatische Meisterleistung"¹⁸. Ihre Mittlerrolle, die sie so vorzüglich im langen Geschäft des europäischen Integrationspro-

zesses immer wieder bewiesen haben, diente auch diesmal wieder zum Fortschritt in der Union. So wurden unter ihrem Vorsitz die Bedürfnisse von neun EU-Staaten befriedigt, die neu einzurichtende europäische Ämter erhielten. Die Belgier konnten diese Rolle auch deshalb so erfolgreich auf europäischer Ebene wahrnehmen, da sie bereits auf nationaler Ebene ein "Klein-Europa" bilden, in dem somit eine Laborfunktion für das größere Europa bereits geübt werden kann.

Niederlande

Vertiefung mit Hilfe von Institutionen?

In den Niederlanden waren die Fortsetzung des Integrationsprozesses, das Verhältnis zum Nachbarn Deutschland sowie die Kommunal- und Parlamentswahlen 1993/94 die drei dominierenden Themen.

Die Niederlande sind vor allem als Verfechter der europäischen Einigung aufgetreten, da sie ökonomisch sehr stark vom Integrationsprozeß profitieren. Es erstaunt daher nicht, daß sich die Niederlande für die Installierung der Europäischen Zentralbank in Amsterdam stark engagierten. Dies führte auch zu niederländisch-deutschen Unstimmigkeiten, da Bundesfinanzminister Waigel die Europäische Zentralbank ultimativ für Deutschland gefordert hatte¹⁹. Der niederländische Premierminister Lubbers begründete den Standort Amsterdam mit Sachargumenten, für die er in Briefen bei den EU-Partnern warb²⁰. Danach böten die Niederlande als "größtes der kleinen EU-Länder" und als Land mit der stärksten EU-Währung die besten Voraussetzungen für den Sitz der Europäischen Zentralbank²¹. Darüber hinaus versuchte Premierminister Lubbers den Deutschen den Zentralbanksitz Amsterdam schmackhaft zu machen, indem er anbot, daß ein Deutscher bei Verzicht auf die Ansiedlung der Zentralbank in Deutschland Nachfolger von Kommissionspräsident Delors werden sollte²². Bei der Kampagne um die Vergabe der Sitze an europäische Institutionen wurde, wenn auch vereinzelt, an die Historie Deutschlands erinnert, um die nicht nur prestigeträchtige Zentralbank nach Amsterdam zu holen²³. Mit der Vergabe der Europäischen Zentralbank an Amsterdam hoffte die Regierung Lubbers den internationalen Finanzplatz Amsterdam zu stärken, eine Schlüsselrolle zukünftiger Europapolitik nach Amsterdam zu holen und schließlich darüber hinaus auch 10.000 Extraarbeitsplätze hochqualifizierter Art anzusiedeln. Wenige Wochen vor dem entscheidenden Sondergipfel in Brüssel erklärte Premierminister Lubbers seinen ausdrücklichen Verzicht auf die Nachfolge von Kommissionspräsident Delors, um damit die Chancen für Amsterdam als Zentralbanksitz zu verbessern²⁴. Und schließlich hatte Regierungschef Lubbers kurz vor dem Europäischen Rat mit dem Veto gedroht, falls den Niederlanden keine der zur Vergabe anstehenden EG-Institutionen zugesprochen würde²⁵. In einem Zeitungsbeitrag warb Lubbers noch einmal für Amsterdam als Sitz und versuchte seine Kollegen folgendermaßen zu über-

zeugen: "Die zu enge Koppelung der Mark an den ECU bekommt der europäischen Währung nicht gut. Es geht um eine europäische Zentralbank... Das sollte auch eine Sorge für die französische Regierung sein"²⁶. Doch alle Versuche der niederländischen Regierung wie auch der Lobby für die Eurobank waren vergebens, da der Europäische Rat, unter nachdrücklicher Befürwortung Belgiens, sich für Frankfurt als Sitz des Europäischen Währungsinstituts (EWI) und damit zu einem späteren Zeitpunkt der Europäischen Zentralbank aussprach. Dagegen erhielten die Niederlande allerdings die europäische Polizeibehörde Europol, die im Rahmen der Zentralen Innen- und Justizpolitik zu großer Bedeutung anwachsen kann. Mit der Vergabe von Europol an Den Haag wurde den zahlreichen Fahndungserfolgen der niederländischen Polizei in jüngerer Zeit ebenso Rechnung getragen²⁷ wie auch den guten logistischen Voraussetzungen, die Amsterdam für die Einrichtung dieser Behörde bietet²⁸.

Vor einer Neubestimmung der niederländisch-deutschen Beziehungen

1993/94 war das Verhältnis zwischen Deutschen und Niederländern ein wichtiger Themenbereich. Einmal setzte in der niederländischen politischen Klasse eine Diskussion über die zukünftige Außenpolitik ein, d. h. die Mehrheit befürwortete nun eine stärkere europäische Ausrichtung mit einer deutlich geringeren atlantischen Komponente. Zum anderen führten die rechtsradikalen Anschläge in Mölln und Solingen zu Befürchtungen über die zukünftige Entwicklung des östlichen Rheinnachbarn. Deutschland als wichtigster Handelspartner der Niederlande ist aber auch gleichzeitig ein dominierender Nachbar. So führten die Anschläge zu einem zeitweiligen Boykott deutschen Mehls²⁹. Da auch in der jüngeren Generation keine guten Meinungen über die Deutschen vorherrschen, könnte langfristig der Absatz deutscher Produkte in die Niederlande auf Schwierigkeiten stoßen. In der politischen Klasse wird die Haltung gegenüber dem östlichen Nachbarn realistischer und nicht so gefühlsbetont gesehen. Hier haben sich die Vertreter der beiden Regierungsparteien, Christlich Demokratischer Appell (CDA) und sozialdemokratische Arbeiterpartei (PvdA), für eine stärkere Orientierung auf Deutschland ausgesprochen. So sollten sich nach Ansicht des PvdA-Fraktionsvorsitzenden in der Kammer, van Traa, die Niederlande von der Peripherie weg zum Herzen Europas orientieren³⁰. Auch der CDA-Fraktionssprecher De Hoop Scheffer sprach sich für engere bilaterale Beziehungen zu Deutschland aus. Allein die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie warnte dagegen vor einer Ausrichtung auf Deutschland. Außenminister Kooijmans vom CDA plädierte dafür, daß sich die Niederlande nicht auf eine strategische Koalition festlegen sollten, sondern für verschiedene Politikfelder unterschiedliche Koalitionen in der Europäischen Union suchen sollte³¹. Die neue außenpolitische Diskussion führte somit zu einer Veränderung der Haltung gegenüber dem neuen Deutschland. Vor dem Hintergrund verbesserter niederländisch-deutscher Beziehungen ist die Unterstützung der Niederlande für einen ständigen Sitz Deutsch-

lands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ebenso zu sehen³², wie die Befürwortung für einen begrenzten deutschen Truppeneinsatz durch Premierminister Ruud Lubbers³³. Die wankelmütige Haltung des Premierministers in bezug auf die Nachfolge von Kommissionspräsident Jacques Delors belastete die deutsch-niederländischen Beziehungen. Nach der offiziellen Bewerbung von Lubbers plädierten der französische Präsident François Mitterrand und der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl für den belgischen Premierminister Dehaene als neuen EU-Kommissionspräsidenten. Die deutsch-französische Unterstützung für Jean-Luc Dehaene wurde in den Niederlanden als Dominanz der "Großen" über die "Kleinen" perzipiert.

Kommunal- und Kammerwahlen

In der ersten Jahreshälfte 1994 fanden Kommunalwahlen und Wahlen zur Zweiten Kammer statt. Bei den Kommunalwahlen verloren die beiden Regierungspartner der Großen Koalition CDA und PvdA im Vergleich zu den Kommunalwahlen von 1990 fast ein Viertel ihrer Wählerstimmen. Die linksliberale D'66 erreichte 14,5% (plus 3,9 Prozentpunkte) und die rechtsliberale VVD 17,8% (plus 2,5 Prozentpunkte). Grün-links gewann mit 8,1% ein Plus von 2,5 Prozentpunkten. Die in der Kommunalwahl sich andeutenden strukturellen Veränderungen des Parteiensystems erfuhren in den Parlamentswahlen Anfang

Wahlergebnisse und Sitzverteilung in der neuen Zweiten Kammer

	Wählerstimmen in %		Sitze	
	1994	1989	1994	1989
CDA	22,2	35,3	34	54
PvdA	24,0	31,9	37	49
VVD	19,9	14,6	31	22
D'66	15,5	7,9	24	12
Groen-Links	3,5	4,1	5	6
SGP	1,7	1,9	2	3
GPV	1,3	1,2	2	2
RPF	1,8	1,0	3	1
CD	2,5	0,9	3	1
SP	1,3	0,4	2	0
AOV	3,6	–	6	0
Unie 55+	0,9	–	1	0

Mai 1994 ihre sichtbare Ausprägung. Das Wahlergebnis wurde übereinstimmend als Erdbeben sowie größter Umbruch seit Einführung des parlamentarischen Systems perzipiert. Die regierenden Parteien CDA/PvdA büßten zusammen 32

Sitze ein und erlitten damit die bisher größte Niederlage aller bisherigen Regierungskoalitionen. Die PvdA erlitt den größten Verlust ihrer Geschichte mit 12 Sitzen, wurde aber dennoch größte Partei in der Kammer. Noch nie hat eine Partei einen so großen Zuwachs an Sitzen erhalten wie die D'66, nämlich 12 Sitze. Die VVD erreichte das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte. Die Wahlbeteiligung mit 78,3% bildet den bisherigen Tiefpunkt.

Luxemburg

Das Großherzogtum verfolgte auch 1993/94 eine aktive Integrationspolitik, da es als Kleinstaat innerhalb des Integrationsprozesses überproportionale Vorteile erzielt und dennoch innerhalb der Europäischen Union gleichberechtigt ist, wie Premierminister Jacques Santer deutlich herausstellte³⁴. Luxemburg bewarb sich für den Sitz der Europäischen Zentralbank, wobei es sich auf das Regierungsabkommen vom 8. April 1965 zwischen den EG-Mitgliedstaaten beruft. Danach sind die finanzpolitischen Institutionen im Großherzogtum anzusiedeln³⁵. Die bilateralen Beziehungen zwischen dem Großherzogtum und der Bundesrepublik Deutschland wurden dadurch belastet, da durch das starke deutsche Drängen für Frankfurt/Main sich Luxemburg übergangen fühlte: "Das Großherzogtum, das als einziges EG-Land über keine nationale Zentralbank verfügt und sich demnach als wirklich neutraler Standort anbietet, sieht sich nun in der erstickenden Position eines politisch wie wirtschaftlich gigantischen Nachbarn, der von den Argumenten des Kleinen kaum Notiz zu nehmen scheint. Dieses scheinbare oder tatsächliche Ignoriertwerden ist es, das Luxemburg Zeit seines Bestehens in seinem nationalen Stolz mehr verletzt hat als mancher offenkundige Nachteil seiner Schwäche"³⁶.

Anmerkungen

- 1 Art. 107 quater Belgische Verfassung.
- 2 Vgl. Münster, Petra: Ein neuer Bundesstaat für Europa, in: EG-Magazin 9 (1993), S. 36–37.
- 3 Vgl. The European 1–4 July 1993, Belgium's big opportunity.
- 4 Vgl. Europe No. 5923 v. 19. 2. 1993.
- 5 Hort, Peter: Flamen und Wallonen in Trauer um König Baudouin vereint, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 3. 8. 1993.
- 6 Vgl. Schmid, Klaus-Peter: Das Land bangt um die Einheit, in: Die Zeit Nr. 32 v. 6. 8. 1993.
- 7 Ebd.
- 8 Vgl. Heyendorff, Peter von: Belgien nach dem Tode König Baudouins — Die Monarchie als ethnische Klammer, in: Das Parlament Nr. 41/42 v. 8./15. 10. 1993.
- 9 Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 1. 4. 1993.
- 10 Vgl. FAZ v. 15. 7. 1993.
- 11 Vgl. The Times v. 15. 7. 1993.
- 12 Vgl. Financial Times v. 12. 7. 1993.
- 13 Vgl. Frankfurter Rundschau v. 1. 7. 1993.
- 14 Vgl. FAZ v. 15. 7. 1993.
- 15 S. FAZ v. 15. 7. 1993.
- 16 Vgl. FAZ v. 29. 10. 1993.
- 17 Vgl. Die Welt v. 24. 12. 1993.
- 18 FAZ v. 30. 12. 1993.
- 19 Vgl. SZ v. 19. 6. 1993 und Die Welt v. 24. 9. 1993.

- 20 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 5. 10. 1993.
21 Vgl. ebd.
22 Vgl. Die Welt v. 24. 9. 1993.
23 Vgl. SZ v. 19. 6. 1993.
24 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 5. 10. 1993.
25 Vgl. FAZ v. 25. 10. 1993.
26 Ebd.
27 Vgl. FAZ v. 28. 10. 1993.
28 Vgl. Le Monde v. 9. 10. 1993.
29 Vgl. FAZ v. 6. 7. 1993.
30 Vgl. FAZ v. 27. 11. 1993.
31 Vgl. FAZ v. 23. 11. 1993.
32 Vgl. Europe No. 6022 v. 15. Juli 1993.
33 Vgl. Lubbers in einem Gespräch mit Die Welt v. 22. 2. 1993.
34 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 24. 1. 1993.
35 Vgl. Vereinigte Wirtschaftsdienste-Europa v. 22. 7. 1993.
36 So der Chefredakteur der größten Luxemburger Tageszeitung Leon Zeches in einem Beitrag der Süddeutschen Zeitung: Das bittere Gefühl, übergangen zu werden, in: SZ v. 12. 11. 1993.

Weiterführende Literatur

- Coolsaet, Rik: *Chronique d'une politique étrangère — les relations extérieures de la Belgique (1988–1992)*, Brüssel 1992.
Tausch, Gilbert: *Histoire du Luxembourg*, o. O. 1992.
Zahn, Ernest: *Das unbekannte Holland. Regenten, Rebellen und Reformatoren*, München 1993.